

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr

Redaktion und Expedition
Johanneßgasse 8.
Sprechstunden der Redaktion
Montags 10-12 Uhr.
Dienstags 9-12 Uhr.
Mittwochs 9-12 Uhr.
Donnerstags 9-12 Uhr.
Freitags 9-12 Uhr.
Samstags 9-12 Uhr.

Nachnahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Inserate am
Montags bis 3 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen bis 12 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Cito Klemm's Courtin. (Kilchstr. 10),
Unterstadtstr. 1,
Kauls Köche,
Rathhausstr. 14, part. und Köchlingsg. 7,
am 11. 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementpreis
vierteljährlich 4 1/2 M.,
in M.-Verlag, mit Postgebühren 5 M., durch
die Post bezogen 6 M., Ausgabe hier 20 M.
Belegexemplar 10 Pf.
Werbungen für Extrablätter
(in Tagesblatt-Format) gegen
eine Vorkostleistung von 50 Pf.,
mit Fortsetzung 70 Pf.

Reklamen
unter dem Redaktionszeichen die 4. Spalte
Seite 50 ff., werden Familienanzeigen
die 6. Spalte Seite 40 ff.
Jahres- und Monats- und Quartals-
Anzeigen im Abdruck und in der
Schriftausgabe gegen eine Vorkostleistung
von 50 Pf. berechnet.

No. 214.

Sonntag den 2. August 1891.

85. Jahrgang.

Amthliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Montag, den 3. August dieses Jahres, soll mit der Uebergang
von Wasserleitungsarbeiten
in der Straße im Stadtbezirk Leipzig-Neustadt
begonnen werden.
In Folge dessen wird diese Straße in ihrer Ausdehnung
von der Wilhelmstraße bis zur Waisenstraße von ganzem Tage
auf die Dauer der Arbeiten für allen Verkehr gesperrt.
Leipzig, den 31. Juli 1891.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Schichtenarbeiten
der Schienenwege im Stadtbezirk Leipzig-Neustadt
in seiner Ausdehnung von der Wilhelmstraße bis zur Waisenstraße
am Montag, den 3. August dieses Jahres, soll auf der Strecke
für den durchgehenden Verkehr gesperrt.
Leipzig, den 31. Juli 1891.

Bekanntmachung.

Im alten Schulgebäude in Leipzig-Neustadt, Schulgasse
Nr. 11, ist ein im Verleihen nach dem Ode zu gelegener
größerer Raum, welcher sich besonders zu einer Tischlerei oder
Werkstatt eignen würde, nebst einem Lagerraum sofort
oder auch zu vermieten.
Wichtigste werden auf dem Hauptplatze, I. Etage, Zimmer
Nr. 8, entgegenzunehmen.
Leipzig, den 30. Juli 1891.

Bekanntmachung.

Ein Grundstück des § 1 der Vorschriften für die Ausführung
von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserleitung vom 6. Februar 1888
und der §§ 2 und 7 der Reglemente für Wasserleitungen und
Wasserentwässerungen in Privatgrundstücken vom 2. März 1885
sind wie hierdurch bekannt, daß die Besondere
der Frau Bergmann und Herr Oscar Klein,
Leipzig-Neustadt, Schulgasse Nr. 96,
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei und für angeordnet und den
Befehl der hierzu erforderlichen Vorarbeiten nachzugehen haben.
Leipzig, den 31. Juli 1891.

Bekanntmachung.

Ein neues verordnungsähnliches Gesetz für den Fall der
Ordnungswidrigkeit ist erlassen und liegt demnach dem
bei der Gesetz-Veröffentlichung und dem Verleihen zur Verfügung
liegt.
Leipzig, den 30. Juli 1891.
Die Ortsverordnungen für Leipzig und Umgebung.
Albert Brodhaus,
Verleger.

Bekanntmachung.

Der unter 5. Januar 1891 gegen den am 21. März 1878
geborenen Ferdinand Ferdinand Wülfel aus Aachen
erlassene und am 5. Juni 1891 erlassene Strafbefehl wird hierdurch
nachmals erneuert.
Rudolfsh. den 27. Juli 1891.
Der Erste Staatsanwalt.
J. H. Dr. Weig.

Der Dreieund und die neue politische Lage.

Einem bemerkenswerten Gegenstand zu den Festlichkeiten in
Rusland und der durch die veranlassung Aufregung in
Frankreich und Russland bietet die Kunde und Geschehnisse, welche
in den zum Dreieund gehörenden Staaten herrscht. Die
Veränderung der Russen und Franzosen findet in Mittel-
europa weiter Widerstand noch Ablehnung, man nimmt sie
als eine vorübergehende Erscheinung auf, der es an wirk-
licher Bedeutung fehlt, um ihr erste Bedeutung zu verleihen.
Die Staaten des Dreieunds fühlen sich stark im
Bemühen der Staatlichkeit der Sache, welche sie vertreten,
und ihre militärischen Machtmittel sind hinreichend, um
sich selbst ein zu zureichenden Dore, wie es Russland und
Frankreich aufzustellen vermögen, die Spitze zu bieten. Was
aber ganz besonders geeignet ist, die Mitglieder des
Dreieunds bei festem Bunde zu erhalten, ist die Unmöglichkeit
für Russland und Frankreich, gegen den Dreieund
einen schnellen und nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Die
Anhalten sind so getroffen, daß jeder Fuß der Landes selbst
in alle feindlichen Vordringen der Gegner mühsam er-
kämpft werden muß. Wenn auch in einem zukünftigen
große Waffen auf einem Punkte Verwendung finden werden,
so ist doch stets darauf Bedacht genommen, daß im Falle
der Niederlage der Widerstand selbst thätigst wieder auf-
genommen werden kann. Große Schlachten werden wie immer
auf dem Schlachtfeld der niederdrückenden Wirkung über,
aber durch die organische Verbindung des Ozeans mit der
Bevölkerung, wie die der allgemeine Wehrpflicht darstellt,
erhält der ganze Kampf eine andere, viel tiefere Bedeutung
als er früher gehabt hat. Diese Pflicht wurde
nicht in Preußen eingeführt zur Zeit der Napoleonischen
Kriege, und sie hat ihre Wirkung in glänzender
Weise gesehen, heute aber ist die allgemeine Wehr-
pflicht in Preußen und Ost der Bevölkerung übergegangen,
und je länger sie besteht, desto größer ist ihre Bedeutung in
den Bereiche ihrer Geltung. Deutschland ist in dieser Be-
ziehung am günstigsten gestellt, hier hat diese Einrichtung, ab-
gesehen von Preußen, seit 25 Jahren überall Wurzel gefaßt,
und dadurch ist das ganze Volk militärisch organisiert. Der
Krieg ist nicht mehr Sache eines eigens für diesen Zweck
zurückzubehaltenen, sondern er greift tief ein in alle
Schichten der Bevölkerung, jedes wehrfähige Familienhaupt
tritt mit Gut und Blut ein für die Sache des Vaterlandes.
Unter solchen Umständen giebt es keine plötzliche Um-
stimmung durch einen großen Wassererfolg des Feindes,
der Soldat kämpft nicht um den Sold und nebenbei um die
Ehre, sondern er verteidigt den blühenden Oerd gegen eine
Veränderung seiner nationalen und auf geschichtlicher Ent-
wicklung beruhenden Lage.
Die allgemeine Wehrpflicht ist seit den letzten beiden
großen Kriegen in den Jahren 1866 und 1870 und 1871 —
der russisch-türkische Krieg kommt hierfür nicht in Betracht —
fast in ganz Europa eingeführt mit Ausnahme von England

und von Belgien, aber sie hat bisher nicht Gelegenheit ge- funden, ihren Werth thätigst zu erweisen. Es ist un- gewöhnlich, daß diese Einrichtung in verschiedenen Staaten verschieden wirkt, sie wird da die größten Erfolge erzielen, wo das Gefühl der Zusammengehörigkeit des ganzen Volkes am stärksten ist, und wo die politische Entscheidung sich auf gesamter Grundlage entwickelt hat. Der Werth der all- gemeinen Wehrpflicht wächst in dem Maße, wie sie mit der Vaterlandsliebe sich verbindet.

Ein in sich geschlossenes Staatwesen, welches die Zufriedenheit
aller seiner Bürger als das Hauptziel seiner Bestrebungen
betrachtet, hat auch das größte Interesse an seiner Erhaltung.
Wer wollte leugnen, daß die Vaterlandsliebe der Franzosen
in hohem Grade vorhanden ist? Die gegenwärtige Arme-
organisation des Landes ist der beste Beweis für die Kraft
dieser Liebe, aber Frankreich ist in zwei Lager gespalten, in
ein monarchisches und in ein republikanisches, und in dem
letzteren haben die socialistischen und anarchischen Gesinnung
eine so große Bedeutung erlangt, daß dadurch der innere
Friede vielfach gefährdet ist. Die Arme scheint von diesen
Entschüssen noch nicht berührt, aber es fragt sich, wie sich die
Verhältnisse in einem Kriege entwickeln würden.

Rusland ist eine Despotie, und die Vaterlandsliebe hat
in einer solchen nur einen sehr beschränkten Wirkungsfeld,
sie fällt mit der unbedingten Unterwerfung unter den Willen
des Staatsoberhauptes zusammen. Von einer Verbindung
persönlicher Eigenschaften, von einer Vereinerung für das
Staatwohl und für die Gesamtheit der Reichsinteressen
kann unter solchen Umständen nicht die Rede sein. Der
Vorkrieg gegen die Türkei der Vorkrieg ist die be-
stimmende Kraft, sie allein bildet die Richtschnur für das
Verhalten aller Oerds-Angehörigen. Die allgemeine Wehr-
pflicht kann nur in solchen Staaten ihre volle Wirkung
ausüben, wo den staatsbürgerlichen Pflichten auch politische
Rechte gegenüberstehen, wo der Soldat zugleich Wähler ist
und demgemäß Anteil hat an der Gesetzgebung. Wer für
die Interessen einer Dynastie kämpft, nimmt eine andere weit
untergeordnete Stellung ein als derjenige, welcher für Er-
haltung der Größe eines als Nationaler und verfassungsmä-
ßiger Grundlage stehenden Staatwesens kämpft. In
letzterer Lage befindet sich der deutsche Soldat und daraus
spricht er seine ständige Widerstandskraft.

Was darf trotzdem die Bedeutung einer großen, wohl-
organisierten Arme nicht unterschätzen, wenn sie sich auch nicht
auf die moralische Höhe des deutschen Oerds empore-
aufschwingen vermag. Eine Bewehrung, zweckmäßige Bildung,
körperliche Befähigung zur Waffenführung und glückliche
Witterungs-Verhältnisse werden für den Kampf und
seine Entscheidung nicht von großer und entscheidender Wich-
tigkeit sein, aber bevor ein tüchtiger Gegner unterliegt, sind
doch erst noch andere Schwierigkeiten zu überwinden, die nur
in der Stunde der höchsten Gefahr und bei Aufbietung der
letzten Kräfte zu voller Geltung kommen.

Wir hoffen und wünschen, daß Deutschland und seine
Verbündeten niemals in die Lage kommen werden, ihre die
auf Außerer angelegte Widerstandskraft zu zeigen, aber
wenn der Gedanke auf diese Probe gestellt werden sollte, so
würden seine Gegner erkennen, was sie unternehmen haben.
Nach dem militärisch unangenehm organisierte Frankreich hat
nach der Schlacht von Sedan große Mühsal erduldet ent-
halten und den Krieg noch volle fünf Monate fortgesetzt;
es läßt sich aus dieser Thatsache ersehen, welche Schwierigkeiten
einem siegreichen Frankreich und Russland entgegenstehen
würden, obwohl doch die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen
ist, daß der Sieg sich auch bei einem neuen Kriege an die
deutschen Hahnen leisten würde, ganz abgesehen von den Vorteilen,
welche die Verbündeten Deutschlands erzielen könnten. Solche
Erörterungen werden angelegt durch Reden, wie sie der
französische Admiral Gervais beim Festmahle der russischen
Kriegs-Oberbefehlshaber zu Ehren des französischen Oerdbefehl-
habers sprach hat: „Ich trübe auf die russische Arme und
wünsche, daß sie sich mit neuen Vorbeeren bedeckt, wenn Gott
sie zur Verteidigung des Vaterlandes ruft.“ Welche Worte
verleihen ebenso schnell wie sie gesprochen sind, und man
kann nicht verlangen, daß der französische Admiral seine
Empfindungen vollständig unterdrückt, wenn ihm so viel
Begeisterung entgegentritt, aber es erscheint geboten, daß man
solchen Worten Thatsachen gegenüberstellt.

Leipzig, 2. August.

• Einen sonderbaren Beitrag zur Beurteilung der Ver-
hältnisse im Osten liefern die beiden Wahlen in Memel
und Tilsit. Nach ihren wirtschaftspolitischen und Verkehrs-
interessen unterscheiden sich beide Städte so gut wie gar nicht;
geographisch liegen sie dicht bei einander. Man sollte man
wohl meinen, daß vor Allen die bevorstehenden Entscheidungen
über unsere Handelspolitik geeignet und berufen werden
würden, den Wahlausfall zu beeinflussen. Dem ist nicht so.
In Memel liegt ein recht-conservativer Agrarier, der nach aller
Vorausicht die Opposition der Großen Wirtschaft und Rang gegen
den Handelsvertrag mit Oesterreich befehrt. Hier ist also eine Ver-
schiebung nach der extrem-agrarischen Seite hin erfolgt, denn
der verlorene Vertreter des Reichs, Graf Wolff, hatte
freie Hand und es ist mindestens von seiner Seite jemals
die Erwartung laut geworden, daß er gegen den Handels-
vertrag Stellung nehmen werde. In Tilsit dagegen erhebt
die agrarisch-conservative Partei einen empfindlichen Schlag,
sie geht von 10 600 auf ca. 7300 Stimmen zurück, obwohl
dort neben dem Kandidaten noch der Generalsecretar der
abgeordneten Conservativen, Dr. Stöck, und der Landtags-
abgeordnete Bremer durch Reden von Ort zu Ort das con-
servative Partei-Interesse wahrgenommen hatten. Der jama-
riche Gegner aller Reformen jedoch, Oer von Weibing, der
sich den Deutmann „Stauffenberg des Oerds“ gefallen läßt,
hat die im vorigen Jahre erreichte Stimmenzahl (9622)
gegen 119 am 20. Februar v. J., also auf der Seite
der rücksichtslosesten Gegner der Reformen. In man
fernsten Osten der preussischen Monarchie für oder wider den
Handelsvertrag eines entscheiden werden, ist wenigstens ein
Anschauen der öffentlichen Meinung zu bemerken? Die
Wahlen in Memel und Tilsit paralysieren sich vollkommen.
Was steht aus den Wahlergebnissen zu entnehmen ist? Man
wird in Verlegenheit sein, darauf eine Antwort zu finden,
die einigermaßen mit politisch-beobachteten Bewegungen

rechnen könnte. Die conservative Partei hat im preussischen Abgeordnetenhaus gegen die Handelsvertrags-Ordnung gestimmt. Wollte man dieses Moment von ausweichelhaft hoher politischer Wichtigkeit mit heranziehen, so hätte in Memel das intrigante Verhalten der Herren von Raubhaupt und Geseff von einer sehr betrüblichen Mehrheit Zu- stimmung gefunden, während in Tilsit die Hälfte ein Drittel der conservativen Stimmen verloren erlitten. Also läßt sich wiederum das für und wider sich gegenseitig auf und zu einem nennenswerten nachrichtigen Ergebnis würde es führen, wenn man prüfen wollte, welcher die Stimmung der Regierung gegenüber bei dieser gleichzeitigen Wahl in den beiden Städten doch erst Näheres über die Wahlmacht im Tilsiter Kreis erfahren, wie die 8000 freisinnigen Stimmgewichte nach dem Wahlabstand messen, der für den 20. Februar vorigen Jahres gelten mußte. Erheben ist der freisinnig zur Hälfte so ist in der Lage gewesen, der Regierung gegenüber Verhandlungen zu machen, daß man nicht ohne Weiteres sagen kann, die Tilsiter 8000 Stimmen bedeuteten eine oppositionelle Kundgebung, und umgekehrt hat die conservative Partei inzwischen zu häufig einen Kalb gewonnen, um übertriebene Opposition zu machen, so daß man ihnen starken Wahlabstieg in Memel auch nicht ohne Weiteres als ein Verzichtung der Politik der gegenwärtigen Regierung erachten kann. Da, es kann nicht wohl möglich sein, daß in Memel die conservativen wie in Tilsit die freisinnigen Stimmen nur durch den Widerspruch innerhalb der betreffenden Parteien zusammengehalten wurden, dann, so ist der Staat Tilsit ein fast-unabhängiger Teil, der freisinnig die Rechte der Regierung, ist ebenso bekannt, wie daß er seine Herrschaft in den ländlichen Bezirken auf eine wesentlich mildere Tonaart stimmen muß, um sich zu behaupten. So hat denn, wie wir schon wissen, das Ergebnis beider Wahlen nur soviel zu bedeuten, daß die Uebergangswahl- macht des Augenblicks an verschiedenen Orten noch ganz verschiedene Bewegungen zeigen, weil sie auf der Unklarheit und Un- entschiedenheit der beiden Wählermassen entruhen. Eben bedenken kann aber auch nur von Wählungen die Rede sein, die mit dem Augenblick entstehen und wieder vergehen. — Wesentlich enthält ein „am Tage vor der Wahl“ gedruckener Brief aus Tilsit an das „Leipziger Tageblatt“ wörtlich folgendes: „Die Socialdemokratie, die es 1890 mit dem Reichstagsabgeordneten für Königsberg, Schulze, nur auf 119 Stimmen brachte, hat in Tilsit 8000 Stimm- gewichte erzielt. Die Socialdemokratie ihrer Zu- wachs erwarben kann. Wir fürchten, mit besten Erfolge.“

• Die große Bedeutung einer zweckmäßigen Wasser-
wirtschaft für den Wohlstand hat immer allgemeiner
erkannt und hat namentlich bei verschiedenen Anlässen Erör-
terungen über Wasserleitung und Wassernutzung nicht allein in
sachverständigen, sondern auch in politischen Kreisen hervor-
gerufen. Einer eingehenden Besprechung der Angelegenheit
im „Dank. Correspond.“ ist zu entnehmen, daß die preussische
Regierung dieselbe große Aufmerksamkeit widmet, und daß an
die Einrichtung von einheitlichen Erwerbsstellen für die
großen Flußgebiete gedacht wird. Bekanntlich hat sich
in der letzten Session des preussischen Landtags das
Herrnhand und Anhalt eines Antrags des Oerds Frankenberg
mit der Angelegenheit befaßt, und der gegenwärtige
Finanzminister vertrat damals die Ansicht, daß die Ausdehnung
der Wasserkräfte selbst den Vorrang vor den Eisenbahnen ge-
winnen würde. Die Verusche der Uebertragung von Wasser-
kräften auf weite Strecken, wie sie gegenwärtig im Anschluß
an die elektrische Kraftleitung in Frankreich a. M. unternommen
werden, eröffnen eine weitere Perspektive auf die praktische
Ausnutzung der Wasserkräfte. Selbstverständlich wird eine
zweckmäßige Regelung der Wasserwirtschaft zunächst durch
eine eingehende Kenntnis der betreffenden thatsächlichen Ver-
hältnisse bedingt, so daß die wissenschaftliche Erforschung der
Ab- und Zuflüsse, Niederschläge, Abflüsse und Hochwasser-
verhältnisse der Oerds zur Aufgabe des Staates wird. In
einigen deutschen Ländern, namentlich in Baden, ist die wissen-
schaftlich-technische Untersuchung der Gewässer schon seit längerer
Zeit planmäßig betrieben worden. Die einheitliche Regelung
der Uebertragung für jedes Stromgebiet und die praktische
Verwertung der so gewonnenen Ergebnisse würde die Haupt-
aufgabe der projectierten Wasserwirtschaft des Staates darstellen.
Ziel, wie für die einzelnen Stromgebiete, erreicht werden, so
würde eine wissenschaftlich-technische Centralstelle für den
ganzen Staat errichtet werden müssen. Das Hamburger
Blatt würde ein Reichs-Stromamt für noch besser halten,
als ein preussisches, da die Gebiete der deutschen Haupt-
ströme bekanntlich nicht innerhalb der einzelnen Landes-
grenzen liegen, insofern sie eine Frage vorzuschicken, daß
ein solches Amt mit administrativen Befugnissen einem nicht
leicht zu überwindenden parlamentarischen Widerstand begegnen
würde. Eine rein wissenschaftlich-technische Centralstelle
würde aber wohl kaum aus dem angebrachten Gesichtspunkte
auf Schwierigkeiten stoßen. Jedenfalls läßt sich, wie das
Weißer Walden zeigt, auch schon in den einzelnen Staaten,
namentlich in den größeren, auf diesem Gebiete für die
öffentliche Wohlfahrt recht Bedeutendes leisten und erreichen.

• Der „Reichs-Anzeiger“ meldet amtlich die Ernennung
des Staatsministers von Götter zum Oerpräsidenten der
Preussischen Westpreußen.
• Für die Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus
im Wahlkreis Siegen-Walheim-Wipperfurth ist als
Kandidat der Rechtsanwalts Julius Dohren der durch seine
frühere parlamentarische Thätigkeit bekannte Herr von Dangen-
berg zu Rastdorf als Kandidat aufgestellt, womit die
früher gemeldete Candidatur Jerusalem hinfällig wird.

• Die ultramontane Presse veröffentlicht das Programm
für die „33. Generalversammlung der Katholiken
Deutschlands“, welche in diesem Jahre in Danzig
abgehalten wird. Für die Veranstaltung ist abermals
reineigige Höhe gestellt, in welche das Organisationsamt fällt.
Ein eigentümliches Schicksal will es, daß die „Germania“
in derselben Nummer, in welcher das Programm veröffentlicht
wird, über die „katholischen Glaubensbrüder“ in Frankreich
Sage führt, weil derselben die religiösen Interessen hinter
die Staatsinteressen oder auch hinter die Nationalität zurücktreten
lassen“, — sie haben nämlich dem Cardinal Lavigne die
Beiträge für die Mission in Afrika gesperrt, indem er den
Ultramontanen, alle den Oerdrissen und Separatisten, den

Ausschluß an die Republik nahegelegt hat. Weiß die
„Germania“ ihre Gewissenhaftigkeit so unbedingt frei von
politischen Tendenzen, die sich mit den religiösen verquiden?
• Der vierte internationale Eisenbahn-Congress,
der im September d. J. abgehalten werden sollte, wird
möglicherweise erst im Jahre 1892 in Peters-
burg stattfinden. Von den deutschen Eisenbahnverwaltungen
besteht nur die Weimar-Geraer Eisenbahn dem Congress,
auf welchem die französischen und russischen Bahnen die über-
große Mehrheit zu bilden pflegen. Der nächstjährige Congress
soll sich hauptsächlich mit der Frage der Ausdehnung der
Industrieabgaben beschäftigen.

• Zur Abmilderung der russischen Tendenzen der
Jungjahren des Reiches in Russland zu veranlassen, daß
sämtliche Bürgermeister während den Kaiser von Oester-
reich bei seiner Anwesenheit in Prag begrüssen. Die Deutschen
sind zur Teilnahme an dem Festgottesdienst geneigt, falls
dieser nicht mit der Ausdehnung in Verbindung gebracht und
als Veranlassung angesehen wird.
• Ueber die Vorbereitungen zum Empfang des fran-
zösischen Oerdbefehlshabers in England wird der „Leip-
ziger Zeitung“ gemeldet: 17 große deutsche Kriegsschiffe,
darunter die Flaggschiffe „Gambierston“ und „Anton“, werden
zusammengeschoben, um das französische Oerdbefehlshaber auf der
Küste von Spithead zu begrüßen. Die Königin wird das
Oerdbefehlshaber am 20. August begrüssen und alsdann die
Officiere in Oesterreich empfangen; in Portsmouth wird das
Oerdbefehlshaber von den Oerdbefehlshabern der Admiralität und den schied-
lichen Behörden empfangen. Admiral Clammond gibt den
französischen Officiere zu Ehren einen großen Ball und die
britischen Behörden werden die Officiere und Mannschaft
festlich bewirthen.

• Der „Standard“ sagt: Wenn das französische Volk
einmal im Glauben sein sollte, daß der Oerdbefehlshaber sei, seine
großen Armeen mit den französischen zu vereinigen, dann
entstände allerdings die Gefahr für den europäischen Frieden,
daß die Politik Frankreichs wieder eine bedrohliche werden
könnte. Aber so sehr auch Frankreich wieder erheben sein
mag, und so mächtig auch Russland ist, so bedeutet die
verengten Kräfte auch kein Maß, so würde sich ihnen doch
ein ganz anderes Europa gegenüberstellen, als dasjenige war,
welches von Ludwig XIV. und Napoleon I. unterworfen war.
Deutschland ist so stolz, wie es Frankreich ist, und so sind
seine Verbündeten sich ihrer eigenen Würde bewußt. Sollte
Frankreich wieder einmal annehmen werden, so würden ihm
sich Staaten entgegenstellen, welche ebenso wenig, wie es selbst,
geneigt sind, sich zu erweichen. Wir können nur hoffen,
daß unsere Nachbarn die Einsicht haben werden, diese Un-
sicherheit zu vermeiden und sich nicht hinreißen zu lassen, weil die
Periode des Uebergangs von seiner Vertheilung jetzt vorüber
ist und die gegenwärtige Autorität anerkannt wird, wie auch,
weil die Republik vorliegt einen Verbündeten von bedeutun-
gem Werth gefunden haben mag.

• Der „Tempo“ bemerkt die Nachricht, daß der Par-
tisan Schiedsrichteramt zwischen Frankreich und Oesterreich
abgenommen habe. Das Blatt erklärt, die Sache sei zu un-
bedeutend, um Oesterreich zu einem Schiedsrichteramt zu geben.
— „Parti National“ meldet, die Generale Waldersee und
Schlieffen hätten die Aufmerksamkeit des deutschen Reichs
auf neue umfangreiche Spionage-Umtriebe in Oesterreich
Vorbereitungen gelenkt und sei eine Untersuchung und besondere
Ueberwachung angeordnet worden. Das Blatt geht zu,
daß in den Reichsländern eine weidervweigende, von Oesterreich
geleitete anti-deutsche Agitation existire.

• Im nationalen liberalen Oeud zu London fand am
Donnerstag ein Wahl vor Feier des liberalen Wahltages
in Oesterreich statt, bei welchem Sir William
Harcourt eine längere Rede hielt. Lord Salisbury's
Aussprechung in seiner Wachen-Oeud-Rede, daß England seine
Verpflichtungen habe, vor ihm in den bevorstehenden Europäer
Verhandlungen bereiten könnten, bezeichnet er als eine wichtige
und werthvolle Erklärung. Solche Erklärungen hat die liberale
Partei gegen Lord Beaconsfield bei den Wahlen in 1880 ver-
föhrt. Salisbury's Erklärung lasse ersehen, daß die Grundzüge
und Ueberzeugungen der liberalen Partei schließlich die Oberhand
behalten würden. So lange Salisbury nach liberalen Grund-
sätzen handle, werde er die Unterstützung der liberalen Partei ge-
winnen. Nach einem Oeud von die 88 Wählerstimmen je 1886,
von denen die Liberalen 20, die Conservativen eine gewonnenen
hätten, behauptete Harcourt, die liberale Partei sei jetzt in
besserer Lage als in 1885 und früher, als sie vor dem
Schicksal in der Oesterreich-Partei gewesen sei. Die Tories seien
auf die befallende Politik herabgekommen, ihren Gegnern
den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schließlich erklärte
Harcourt, er könne die fröhliche Mittelstellung machen, daß
Oesterreich wieder bei voller Gesundheit und bereit sei, die
große Aufgabe zu übernehmen, welche ihm zu übertragen das
Land sich seine. Im weiteren Verlauf ihrer geistigen Aus-
sagen in Oesterreich erklärten Dillon und O'Brien, sie würden
der liberalen Partei ihre Unterstützung nicht entziehen, es sei
denn, daß die neue Oesterreich-Verträge den Erwartungen Ire-
lands nicht entsprechen.

• Nach der Oesterreich-Verträge, den die französische Regierung
den Oesterreichern vorgelegt hat, um den 9 600 000 fran-
zösischen Arbeiter wozu, den einen Teil der deutschen
Kriegs- und Invalidenversicherung zu empfangen,
hat den Befehl des socialdemokratischen Berliner Central-
organs sich nicht erziehen können. Er ist laut „Reinhardt“
so wenig ein Ethik socialer Reform, wie das deutsche Volk,
und der Normalarbeitstag ist mehr werth, als die Ver-
sicherungsgelder zusammen. Und warum? Weil die Ver-
sicherungsgelder der „gemeinnützigen Hilfsvereine“ das
Recht der Selbstversicherung im Wege der freien Vereins-
thätigkeit behalten sollen. Diese Hilfsvereine unterscheiden
nämlich einem allerdings erheblichen Einfluß des Bürger-
thums und auch der staatlichen Aufsicht, wodurch sie gegen
die Gefahr behaltet sind, revolutionäre Organe zu werden.
Zu solcher Umwandlung bietet auch der Oesterreich-Wahl
Grundlage, weshalb nach dem Diktum des Oesterreichs die
früheren 8 800 000 Arbeiter lieber gar keine wehrfähigen
Angehörigen theilhaftig werden sollen.
• In Oesterreich wird offiziell bemerkt, daß irgend welche
Einladung nach Paris gerichtet worden sei, um den Befehl
des französischen Oesterreichs, gelegentlich dessen Fahrt nach
England, in einen belgischen Hafen herbeizuführen. In der
That hatte der französische Oesterreich in Oesterreich den Auftrag
erhalten, die belgische Regierung zu sondiren, ob sie ein